

Raumnahme: eine solidarische Positionierung

*Centro Sociale, Gängeviertel, Pudel VerFüGe, Tante Münze, welt*RAUM, KEBAP KulturEnergieBunker, Keimzelle, Wagenplatz Zomia, Frappant, Squatting Days, Rote Flora, Borribles, Autonome Wohnprojekte, Villa Magdalena - und - wir solidarisieren uns mit den institutionell geförderten soziokulturellen Zentren und deren Erklärung "Für 1,2,3 viele soziale Zentren"*

Solidarisch - Wir positionieren uns gemeinsam

Wir – die Stadtteilzentren, Nachbarschaftstreffs, soziokulturellen Einrichtungen, kollektiven Gärten, Wagenplätze und Wohnprojekte – schaffen Räume zum Zusammenkommen, fördern Austausch und Toleranz, etablieren Kulturangebote, kochen für Menschen mit wenig Geld, machen politische Arbeit, schaffen öffentliche Plattformen, leisten Widerstand gegen Verdrängung, schaffen sozialen Wohnraum, betreiben Selbsthilfwerkstätten, debattieren öffentlich über Alternativen zum Bestehenden, bieten Räume für Versammlungen, schaffen Lern- und Spielangebote, unterhalten Strukturen zur Selbstorganisation und vieles mehr. Diskriminierungen, die mit Alter, Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Religion und Vermögen einhergehen, wollen wir vermeiden. Wir arbeiten unbezahlt, wirtschaften nichtkommerziell und entscheiden basisdemokratisch.

Bei aller Unterschiedlichkeit von selbst verwalteten Räumen und Plätzen, ob mit Vertrag und Miete, in Verhandlungen, als Genossenschaft, syndikalistisch, geduldet oder unverträglich: wir sind solidarisch und lassen uns nicht gegeneinander ausspielen!

Für uns Alle - Wir machen die solidarische Stadt

Denn was ist die Stadt für uns alle? Schillernde High-Tech-Fassaden oder heterogene Viertel? Touristenströme oder kulturelle Vielfalt? Bereinigte Konsummeilen oder unerwartete Begegnungen? Ökonomische Zwänge oder gemeinsame Werte? Überwachte Districts oder freie Räume? Gegen das Konzept der unternehmerischen Stadt praktizieren wir das solidarische Gemeinwesen. Wir schaffen Kultur und keine kreative Klasse. Uns geht es um Freiräume, belebte Plätze, bewohnte Häuser, offene Versammlungen, kulturelle Projekte, soziale Aktivitäten ohne Besucherzahlenanalyse, jenseits der Vermarktungslogik und zugänglich für Alle.

Eine lebenswerte Stadt braucht Widerspenstigkeit. Selbstbestimmte Kultur- und Hausprojekte sind wichtige Bestandteile einer stadtpolitischen Entwicklung!

Tätigsein - Wir haben unsere eigenen Regeln

Wir warten nicht, bis man uns bittet. Wir handeln, weil wir es politisch für notwendig halten. Wir organisieren uns selbst, weil das Gemeinwesen solidarisch gestaltet werden will.

Doch welchen Wert hat die solidarische Tätigkeit und Gestaltung von sozialen Räumen in dieser Stadt? Wir müssen gegen die herrschende Eigentumslogik und das Profitstreben von Immobilienspekulanten kämpfen. Wir sollen Businesspläne entwickeln, die den nichtkommerziellen Betrieb unmöglich machen und Teile der Gesellschaft ausschliessen. Wir sollen für unsere unbezahlte, gesellschaftlich notwendige Arbeit auch noch Miete zahlen. Menschen, die leer stehende Häuser vor dem Verfall bewahren, werden kriminalisiert. Politik und Verwaltung legen an gemeinnützige Projekte die gleichen Maßstäbe an, wie sie auch für privatwirtschaftliche Immobilienentwickler gelten.

Die Profit- und Eigentumslogik verhindert oder erschwert die Tätigkeit von uns Allen! Wir können nicht planen, weil Mietverträge kurze Laufzeiten haben oder Förderprogramme projektbezogen sind. Statt sich um kulturelle Arbeit zu kümmern, wird von uns die Anpassung an die Strukturen der Immobilien- oder Kreativwirtschaft gefordert. Beugen sollen wir uns einer Rechtsprechung, die Häuser verfallen lässt, obwohl Wohnungsnot herrscht. Kaum eine Förderung ohne Vereinnahmung. Kein Vertrag ohne Legitimationszwang. Kein Raum ohne Miete.

Unsere Taktiken und Forderungen sind unterschiedlich:

Nebenkosten und sonst nix! Leerstand nutzen! Besetzungen entkriminalisieren! Langfristige Erbpachtverträge! Autonome Genossenschaften! Raus aus Legitimationszwang und Verwertungslogik! Keine Logik des Profits! Raus aus dem Grundbuch! Keine Politik des ewigen Sachzwangs. Selbstverwaltung braucht keine behördliche Einmischung!

Uns eint:

Wir zahlen nicht für unsere Arbeit – Schluss mit Mieten- und Profitzwang!